



Heinz Paula

Mitglied des Deutschen Bundestages

Schaezlerstraße 13, 86150 Augsburg

☎ (08 21) 30 1 27

📠 (08 21) 30 1 87

✉ heinz.paula@wk.bundestag.de

Pressemitteilung

13. Dezember 2010

Soziale Stadt: CSU-Vorsitzender muss sich auf den Weg nach München machen

Anfrage im Bundestag zeigt: verspätete Proteste in Berlin sind sinnlos

Die Beschwichtigungen des Augsburger CSU-Bundestagsabgeordneten Christian Ruck zur Sozialen Stadt in Oberhausen, die durch 70-prozentige Kürzungen auf Bundesebene bedroht ist, werden vom SPD-Abgeordneten Heinz Paula als „später und halbherziger Aktionismus“ gewertet. Der Abgeordnete und CSU-Bezirksvorsitzende streue den Bürgerinnen und Bürgern Sand in die Augen wenn er behaupte, „bewährte Projekte“ könnten auch nach den Kürzungen weiter finanziert werden.

„Es wäre sinnvoll gewesen, die Kürzungen zu verhindern oder im Bundestag abzulehnen – jetzt geht es allenfalls um Schadensbegrenzung. Aber dazu muss man wissen, wo man ansetzt. Ruck scheint es, wie seine Aussagen zeigen, nicht zu wissen.“ Denn der von Ruck angekündigte Besuch bei Staatssekretär Andreas Scheuer in Berlin, um dort für die positive Arbeit der Sozialen Stadt in Augsburg zu werben, sei „blinder Tatendrang“, so Paula: „Das gibt schöne Erinnerungsfotos, mehr nicht. Wie sinnlos so eine Visite ist, kann ich dem CSU-Kollegen schriftlich geben. Und zwar direkt aus dem Ministerium.“

Die Länder verteilen den Rest vom sehr klein gewordenen Kuchen

Von der gleichen Staatssekretärs-Ebene, bei der Ruck vorstellig werden will, hat Paula nämlich am 1. Dezember die Auskunft erhalten, dass nach den auf Bundesebene beschlossenen Kürzungen „die Verantwortung über die Fördermittelzuweisung zugunsten der einzelnen Kommunen aufgrund ihrer originären Aufgabenzuständigkeit in der alleinigen Hand der Länder“ liege.

Meine es Ruck ernst in seinem Bemühen um die Soziale Stadt, so Paula, dann führe der Weg nun über die Landesebene: „Der Kollege Ruck als CSU-Bezirksvorsitzender und die beiden Landtagsabgeordneten Hintersberger und Kränzle (beide CSU) müssen in der Landespolitik Sorge tragen, dass Augsburg auf Bayernebene einen möglichst großen Anteil am sehr klein gewordenen Kuchen bekommt.“